

Arbeiten bis 70 Jahre

KANTON io. Kantonsangestellte sollen künftig nicht mehr mit 64 respektive 65 Jahren in Pension gehen müssen: Die Regierung präsentiert einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Personalgesetzes.

Wie bereits im August 2014 angekündigt soll die Gesetzesänderung bewirken, dass das Arbeitsverhältnis bei Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters nicht mehr zwingend aufgelöst wird (wir berichteten). Bisher brauchte man eine Sonderbewilligung, um maximal bis zum vollendeten 68. Lebensjahr weiterbeschäftigt werden zu können. Neu sollen Kantonsangestellte – ohne spezielle Bewilligung, sondern lediglich nach gegenseitiger Absprache – in Voll- oder Teilzeitarbeit weiterarbeiten dürfen. Das Höchstalter würde zudem auf 70 Jahre angehoben. In Ausnahmefällen soll sogar eine Beschäftigung mit über 70 Jahren möglich sein. Der Kanton zählt rund 20 000 Angestellte, die dem Personalgesetz unterstehen.

Potenzial besser ausschöpfen

Die vorgesehene Gesetzesänderung gründet auf einer Motion von Kantonsrätin Angela Pfäffli (FDP, Grosswangen), die im Kantonsrat als Postulat als erheblich überwiesen wurde. Mit der geplanten Änderung wolle man zum einen personelle Engpässe entschärfen, heisst es in der Botschaft des Regierungsrates. Zum anderen wolle man das Potenzial von älteren Angestellten besser ausschöpfen und so auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Hier kann Luzern auch sparen

SPARPLÄNE Die Finanzkommission des Kantonsrats präsentiert Ideen, wo Luzern sparen könnte. So sollen Strafanstalten ausgelagert werden. Das Gremium ortet aber auch Potenzial bei den Einnahmen – an einem brisanten Ort.

LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Ab dem kommenden Montag beraten die 120 Luzerner Parlamentsmitglieder das Budget 2016 sowie den Aufgaben- und Finanzplan für die nächsten vier Jahre. Das 310 Seiten starke Planwerk der Regierung beinhaltet Dutzende von Massnahmen, die seit Wochen auf heftigen Widerstand stossen, etwa die geplante Schliessung der Fachklasse Grafik (wir berichteten).

Nun hat die Planungs- und Finanzkommission (PFK) des Kantonsrats ihre detaillierten Bemerkungen und Anträge veröffentlicht. Bereits am letzten Dienstag machte die von Marcel Omlin (SVP, Rothenburg) präsidierte PFK publik, dass sie das Budget gutheisst, nicht aber den Aufgaben- und Finanzplan (Ausgabe vom 18. November).

«Gute Erfahrungen» in England

Die 17-köpfige Kommission bringt 18 Bemerkungen und 7 Anträge ein. Darunter befinden sich auch hochbrisante – darunter der Vorschlag, die beiden Luzerner Strafanstalten Grosshof in Kriens und Wauwilermoos in Egolzwil an Private auszulagern. Kommissions-

präsident Marcel Omlin sagt auf Anfrage, dass Grossbritannien damit «relativ gute Erfahrungen gemacht» habe.

Würde sich Luzern für diesen Weg entscheiden, wäre das eine schweizweite Premiere, wie es beim Justiz- und Sicherheitsdepartement heisst. Aus rechtlicher Sicht könnten Strafvollzugsaufgaben durchaus ausgelagert werden, und es gibt auch Forderungen der Wirtschaft, dies ernsthaft zu prüfen.

Im Kanton Luzern ist das Sparpotenzial allerdings eher klein, wie dem Aufgaben- und Finanzplan zu entnehmen ist. So verursacht der Grosshof in Kriens im kommenden Jahr Nettokosten von 0,7 Millionen Franken, die Strafanstalt Wauwilermoos solche von 1,4 Millionen. Im Grosshof werden die knapp 100 Gefangenen von rund 50 Personen betreut, im Wauwilermoos sorgen sich

50 Angestellte um durchschnittlich 60 Gefangene.

Mehr arbeiten oder weniger Pausen

Auch weitere Vorschläge der PFK dürften im Kantonsrat heftig umstritten sein, so die folgenden:

• **Kantonspersonal:** Die wöchentliche Arbeitszeit soll von 42 auf 42,5 Stunden erhöht werden. Alternativ könnten die bezahlten Pausen von zwei Mal 15 Minuten pro Tag abgeschafft werden.

• **Schule:** Die Schulsozialarbeit auf der Primar- und Sekundarstufe soll nicht mehr zum verbindlichen Angebot gehören, sondern nur noch bei Bedarf angeboten werden.

• **Gesundheit:** Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen beim Spital und bei der Psychiatrie sollen weiter reduziert werden. Das heisst zum Beispiel, dass das jetzige Angebot an den Spitälern überprüft werden soll oder dass die Ausbildungsbeiträge an Assistenzärzte hinterfragt werden.

• **Wald:** Das Globalbudget der Dienststelle Landwirtschaft und Wald soll um 10 Prozent gekürzt werden – Sparen lasse sich bei den Förstern, findet die PFK. Die Dienststelle gibt im kommenden Jahr gemäss Budget 270 Millionen Franken aus. Die

Einnahmen belaufen sich auf 246 Millionen.

• **Gemeinden:** Fusionen sollen nicht forciert werden. Die Regierung schlägt in ihrem Legislaturprogramm exakt das Gegenteil vor. Derzeit gibt es keine konkreten Fusionsprojekte.

Porsche Cayenne «nicht ökologisch»

Neben Sparvorschlägen sieht die PFK auch Potenzial bei den Einnahmen. Sie regt an, das rund 120 Millionen umfassende Globalbudget des Strassenverkehrsamts um 900 000 Franken zu erhöhen. Erreichen möchte sie dies mit höheren Steuern für Elektro- und Hybridfahrzeuge. Das sind jene Fahrzeuge, für welche die Regierung schon mehrmals Steuererleichterungen vorschlug, jedoch stets scheiterte, zuletzt 2014. Marcel Omlin begründet den Vorschlag, damit, dass ein Hybrid-Fahrzeug wie etwa ein Porsche Cayenne «überhaupt nicht ökologisch» sei, weshalb die Halter auch nicht entlastet werden sollten.

Trotz umfangreicher Vorschläge der Kommission: Es zeichnet sich von Tag zu Tag deutlicher ab, dass das Budget für 2016 im Parlament scheitern wird. Marcel Omlin: «Die meisten Entscheide in der Kommission wurden ganz knapp getroffen. Es braucht also wenig, dass Sparvorschläge scheitern.» Der Vorschlag der PFK rechnet bei einem Gesamtaufwand von rund 3,7 Milliarden Franken mit einem Defizit von 21,3 Millionen. Damit erfüllt es die gesetzlichen Anforderungen knapp. Omlin: «Es trägt nur noch ganz minimale Abwechslungen. Wir haben unseren Job gemacht. Jetzt sind die Fraktionen gefordert.»



«Wir haben unseren Job gemacht. Jetzt sind die Fraktionen gefordert.»

MARCEL OMLIN, SVP,
PRÄSIDENT FINANZKOMMISSION

Initiativen fordern Ausbau

LUZERN cza. Die Luzerner Allianz für Lebensqualität – ein Verbund von rund 40 Organisationen – präsentierte gestern ihre drei lancierten Volksinitiativen gegen die geplanten Abbaumassnahmen im Kanton Luzern (siehe Ausgabe vom 21. November). Die drei Volksbegehren betreffen folgende Bereiche: öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung.

Bezüglich ÖV will das Komitee mittels der Gesetzesinitiative «Vorwärts mit dem öffentlichen Verkehr» einen Fonds schaffen, der die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs gewährleistet. 4000 Unterschriften müssen dazu innert 12 Monaten gesammelt werden. In den Fonds sollen jährlich 60 Millionen Franken einbezahlt werden. Michael Töngi, Präsident VCS Luzern und Mitglied des Initiativkomitees, sagt: «Dieser Betrag ist keine Trümperei, sondern garantiert lediglich den geplanten Ausbau.»

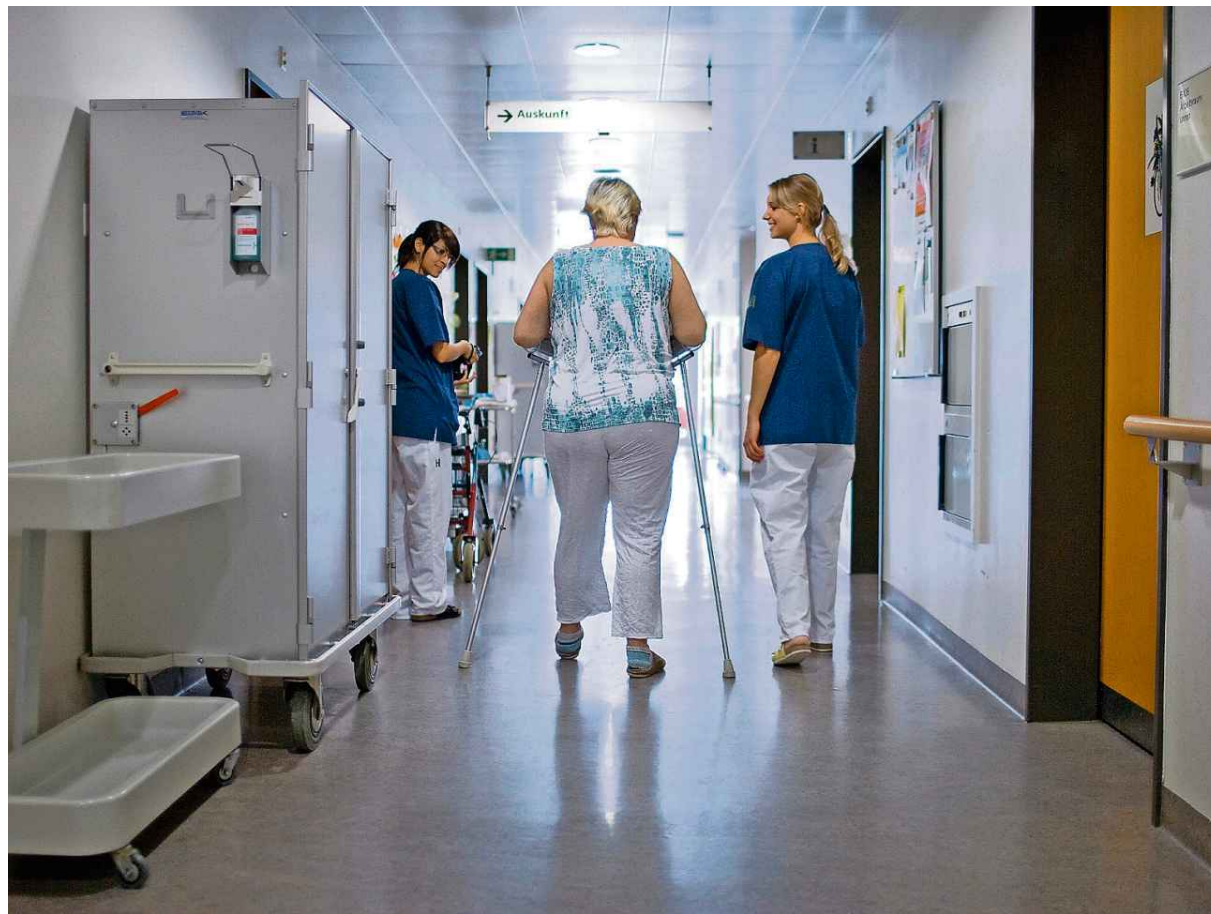
Genügend Fachpersonal in Pflege

Die zweite Initiative, ebenfalls eine Gesetzesinitiative, trägt den Namen «Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern». Sie verlangt eine flächendeckende Spitalversorgung und genügend Fachpersonal. Der Kanton müsse mehr Gewicht auf die Aus- und Weiterbildung und auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Personal legen, sagt Komiteemitglied Martin Wyss, Geschäftsstellenleiter des Verbands des Personals öffentlicher Dienste. «In unserer Initiative fordern wir, dass der Kanton systematische und langfristige Qualitätsstandards für die Versorgung und Pflege festlegt», sagt Wyss.

Beim dritten Begehren «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern» handelt es sich um eine Verfassungsveränderung. Dafür muss das Komitee innert 12 Monaten 5000 Unterschriften sammeln. Die Initiative verlangt ein regional verankertes und breit abgestütztes Bildungsangebot im Kanton. «Zur Förderung der Chancengleichheit der Schüler soll auf der Sekundarstufe II auf Schulgelder verzichtet werden», sagt Remo Herbst, Präsident des Verbands der Luzerner Mittelschullehrer.

Das Initiativkomitee wird heute Abend um 18.00 Uhr ausserdem eine Kundgebung auf dem Kornmarkt in Luzern veranstalten.

Mehr Pflegetage – weniger Personal



Der Mangel an Pflegepersonal wird sich im Kanton Luzern auch in Zukunft verstärken.

Symbolbild Keystone/Gaetan Bally

KANTON Es gibt immer weniger Ärzte. Nun zeigt die Regierung auf, wie sie die Gesundheitsversorgung bis 2023 sicherstellen will.

Gut 130 Seiten stark ist der heute veröffentlichte Planungsbericht für die Gesundheitsversorgung bis 2023, welcher die Regierung dem Kantonsrat unterbreitet. Darin wird klar: Mit dem jährlichen Anstieg der Gesundheitskosten um 4 Prozent wird auch «in Zukunft gerechnet» (Ausgabe vom 2. November). Die grösste Herausforderung, nebst den hohen Kosten, sei der sich abzeichnende Personalmangel in Medizin und

Pflege. Ein Problem, das sich angesichts des steigenden Pflegebedarfs verschärfen wird. Bis ins Jahr 2023 ist im Kanton Luzern mit einer Zunahme der Pflegetage um knapp 10 Prozent zu rechnen – die Hospitalisierungen werden gar um 14 Prozent steigen. Und auf der anderen Seite werden 17 Prozent der aktuell praktizierenden Ärzte bis ins Jahr 2025 pensioniert sein.

Spitäler in die Pflicht genommen

Gegen den drohenden Ärztemangel wurden auf kantonaler Ebene verschiedene Massnahmen ergriffen, darunter das Praxisassistentenprogramm, die Schaffung eines Instituts für Hausarztmedizin oder die Prüfung eines Masterstudiengangs Medizin an der Uni Luzern. Beim Pflegepersonal soll der Hebel auch bei der Ausbildung angesetzt werden – bei-

spielsweise verpflichtet der Kanton Spitäler, eine bestimmte Anzahl von Ausbildungsplätzen anzubieten. Der erhöhte Pflegebedarf fordert auch mehr Infrastruktur: Das Luzerner Kantonsspital (Luks) rechnet daher mit Investitionen in Neubauten, Sanierungen und technisch-medizinische Anlagen in der Höhe von 2,5 Milliarden bis ins Jahr 2031. Ein Ausbau soll auch bei der Rehabilitation stattfinden, da mit einer Zunahme der Behandlungen von rund 18 Prozent bis 2023 gerechnet wird. Im Luks Wolhusen ist geplant, bis dann 30 Betten für die Rehabilitation zu schaffen.

CLAUDIO ZANINI
claudio.zanini@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

Auf www.lu.ch/kantonsrat/geschaefte ist der gesamte Planungsbericht einsehbar.

Absichtserklärung unterzeichnet

REGIONEN fi. Schnittstellen erkennen, Doppelspurigkeiten beseitigen: Dieses Ziel verfolgen der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) sowie die regionalen Entwicklungsträger (RET) Luzern Plus, Sursee-Mittelland, Idee Seetal und Luzern West. In Ruswil unterzeichneten die Organisationen gestern eine Absichtserklärung. Sie wollen gegen aussen effizienter auftreten.

Organisationen klären ihre Rollen

Hintergrund: Letztes Jahr lancierte der VLG das Reformprojekt «Spring III». Darin nahmen der VLG und die RET ihre Rollen unter die Lupe. «Rückmeldungen von Gemeinderäten zeigten: Vielerorts herrscht Unklarheit darüber, wer welche Aufgabe innehat», sagte gestern VLG-Präsident Hans Luternauer. Der VLG übe eine «staatspolitische Rolle» aus und vertrete die Interessen der Gemeinden bei Aufgaben, die alle gleichermassen betreffen. Die Entwicklungsträger kümmern sich um Geschäfte, die die überkommene Planung betreffen, wie Pius Zängerle, Präsident des RET Luzern Plus, sagte. Die Gemeindeverbände bringen sich in die Raumplanung ein, bearbeiten Themen wie Mobilität, Windenergie oder Sportprojekte, von denen mehrere Gemeinden profitieren. Um die kantonalen Mittel «zielgerecht» einzusetzen, brauche es den «partnerschaftlichen Wettbewerb der Regionen», so Charly Freitag, Präsident RET Sursee-Mittelland.

Vernehmlassungen koordinieren

Für die Praxis heisst dies: Rund viermal jährlich trifft sich der VLG von nun an mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement, um sich über kantonale Aufgaben auszutauschen. Ebenso oft wollen die RET-Geschäftsführer zusammenkommen, um sich abzusprechen. In einem Austausch zwischen VLG und RET sollen ferner strategische Fragen auf kommunaler Ebene besprochen werden. «Wir sind fest überzeugt, dass es beide Organisationen braucht», sagt VLG-Präsident Luternauer. Doch es mache wenig Sinn, dass sich beide zu allen Themen äussern. So werde sich bei Vernehmlassungen zum Finanzausgleich oder der neuen Rechnungslegung künftig der VLG zu Wort melden. Der Richtplan wiederum sei Sache der RET.